

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wllh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 30

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsgelbst“ und „Herb und Scholle“

Halver
Donnerstag, den 5. Februar

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgeblühren 10 Goldpfennig und Porto. —

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Reichskanzler Dr. Luther tritt in Begleitung des Reichsjustizministers Dr. Freken eine Reise nach Köln und Süd deutschland an.
- Der Reichstag nahm Dienstag seine Sitzungen wieder auf und begann die Staatsberatung.
- Auf dem Staatener Flugplatz bei Berlin stürzte der Flug schüler v. Willissen mit seinem Flugzeug in die Zeppelinhall hinein ab. Er selbst fand dabei den Tod, fünf Arbeiter wurden verletzt.
- Die französische Kammer entschied sich für die Aufhebung der französischen Vertretung beim Vatikan.

Ruhrkredite.

Die „Affären“ jagen sich. Holzmann, Autistler und Barnat und wie sie alle heißen, deren Treiben jetzt in der breiten Öffentlichkeit beleuchtet wird, werden dabei leider auch noch parteipolitisch ausgeschlachtet. Das gleiche gilt für die neueste „Affäre“, die Frage der Ruhrkredite, die Zahlungen nämlich, die die Industrie des besetzten Gebietes als Entschädigungen für die erlittenen Schäden vom Reich erhalten hat. Man spricht davon, daß diese Entschädigungen viel zu hohe und außerdem ungerecht verteilt gewesen seien; außer dem sei der Reichstag nicht gefragt worden, ob er seine Zustimmung dazu gebe. Also auch eine etatsrechtliche Verurteilung der Kabinette Stresemann und Marx, deren Finanzminister ja Dr. Luther, der jetzige Reichskanzler, gewesen ist. Der Angriff spielt sich also letzten Endes auf die beiden Persönlichkeiten Dr. Luther und Dr. Stresemann zu. Jener, weil er die Abmachungen mit der Industrie getroffen hat, und dieser, weil er sich nicht um das Staatsrecht des Reichstages gekümmert hat.

Nun liegt die Angelegenheit etatsrechtlich — wenigstens für einen Teil des Jahres 1923 bzw. 1924 so, daß bekanntlich die Regierung durch das Ermächtigungsgesetz außerordentlich freie Hand auch für die Erledigung finanzieller Verpflichtungen vom Reichstag zugestanden erhielt und mit dieser Ermächtigung bis zum 15. Februar 24 regiert hat. Die Regierung stellt sich in einer Denkschrift, die sofort veröffentlicht werden soll, auf den Standpunkt, daß ihr durch jenes Gesetz die Ermächtigung zu der Zusage an die Ruhr-Rhein-Industrie gegeben worden ist.

Es sind zweierlei Arten von Zusage, die in das Rheinland und das Ruhrgebiet gegangen sind: der Ersatz der Schäden, die durch die Franzosen verursacht wurden und die in dem passiven Widerstand ihre Gegenaktion fanden. Zu diesen Zahlungen gehörten die Summen, die der Industrie für die Lohnzahlungen an die nur unproduktiv beschäftigten Arbeiter ausgedient wurden, gehörten aber in viel weiterem Umfang auch Zahlungen — es darf nicht vergessen werden — überhaupt nicht bloß an die Industrie, sondern auch beispielsweise an Kommunen, Gewerkschaften, Verbände. Des weiteren ist unter diesen Ruhrkrediten alles das zu verstehen, was der Industrie zur Abgeltung der Lasten aus den Reparationsleistungen diente. Gegen die Übernahme dieser Reparationsleistungen durch das Reich ist natürlich grundsätzlich nichts einzuwenden. Es fragt sich nur, ob nicht hier Mißstände vorgekommen sind, wie vielfach behauptet wurde. Grundsätzlich hat übrigens auch die Arbeitererschaft die Auszahlung dieser Ruhrkredite für „selbstverständlich“ erachtet, da beispielsweise der sozialdemokratische Alte Bergarbeiterverband in voller Übereinstimmung mit den Bergarbeitern diesen Plan der Regierung durchaus billigte. Sonst wäre ein Chaos im Ruhrgebiet, der Bürgerkrieg in Deutschland und eine neue Niederlage gegenüber Frankreich zu erwarten gewesen. Hatte noch im Oktober 1923 der damalige Reichskanzler Dr. Stresemann den Industriellen erklärt, es sei in keinerlei Form an die Gewährung solcher Ruhrkredite als Ersatz für die Reparationsleistungen oder an Steuererleichterungen zu denken, so heißt ein Absatz in der Entschädigung jenes Bergarbeiterverbandes, daß „dieser Beschluß, die Sachleistungen für die Reparation nicht zu bezahlen, nach einmütiger Auffassung der Bergarbeiterkonferenz die endgültige Abschnürung des Rhein- und Ruhrgebietes und die wahrscheinliche Errichtung eines Heins- und Ruhrstaates unter völliger französischer Herrschaft zur Folge habe. Das arbeitende Volk an Rhein und Ruhr, das jahrelang unerhörte Opfer gebracht habe, werde es nicht verstehen, wenn die Reichsregierung nicht alle Mittel bis zum äußersten erschöpfe, um diese Abtrennung mit ihren Folgen zu verhindern.“

In der Denkschrift der Regierung wird ausdrücklich betont, daß man gar nicht daran denke, in der ganzen Frage irgendeine Geheimnistuerei zu treiben. Alles sei durch die Hände der „Sechserkommission“ gegangen, also einer paritätisch zusammengesetzten Organisation der Ruhrwirtschaft. Und das um so weniger, weil von sozialdemokratischer Seite in jener kritischen Zeit davon gesprochen sei, es heiße geradezu, Deutschland an Frankreich verraten, wenn die Regierung diese Verpflichtungen nicht übernehme.

Damit aber dieser ganze Fragenkomplex wirklich nach allen Seiten geklärt wird, genügt es angesichts der heftigen Angriffe auf die Regierung nicht, wenn eine Denkschrift der Regierung, also nur der eine Seite, vorliegt. Man wird wohl auch hier wieder zu dem Mittel eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses greifen müssen, besonders, da die Möglichkeit für die Regierung, die Angaben der Industrie über die ihr zugefügten Schäden nachzu prüfen, in jener kritischen Zeit sowohl wie eigentlich bis vor kurzem gar nicht gegeben war. Die Summe ist auf über 700 Millionen zu beziffern, also doch derartig hoch, daß eine nachträgliche Nachprüfung beinahe zur Notwendigkeit wird. Ob man das nun im Haushaltsausschuss des Reichstages tun will, nämlich deswegen, weil die Regierung mit der Forderung einer Indemnitäts-

erteilung gekommen ist, mag gleichgültig sein; die Hauptsache ist, daß eine gründliche Untersuchung die Öffentlichkeit nicht im Zweifel darüber lassen darf, ob hier irgendwelche unberechtigten Bevorzugungen oder Benachteiligungen stattgefunden haben.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Zur Ratifikation des Washingtoner Abkommens.

Dem Reichstag ist eine Auslegung des Reichsarbeitsministers über die Stellungnahme der Reichsregierung zum Washingtoner Übereinkommen über den Achtstundentag zugegangen. Es heißt darin, daß Deutschland gern bereit sei, mit den übrigen in Betracht kommenden Staaten eine Verständigung über die Auslegung des Abkommens herbeizuführen, und daß es sich in diesem Falle zu einer Ratifikation des Übereinkommens bereit finden würde.

Aufwertungsfrage beim Reichsfinanzminister.

Vorstand und Sachverständige des Hypotheken-Gläubiger- und Sparer-Schutzverbandes für das Deutsche Reich wurden vom Reichsfinanzminister Dr. von Schlieben in eingehender Aussprache über die Aufwertung gehört. Es wurde hervorgehoben, daß eine weitergehende Aufwertung die geschwundene Kaufkraft weiter Massen wieder aufrichten, Arbeitslosigkeit beseitigen und Handel und Industrie beleben würde. Eine endgültige Regelung zu einem festen Aufwertungsfuß, der nach dem gegenwärtigen schlechten Wertstand der Wirtschaft bemessen würde, könnte, so wurde betont, die erwünschte Beruhigung für die Gläubiger niemals bringen.

Graf Westarp Fraktionsvorsitzender.

In einer Sitzung der deutschen Reichstagsfraktion ist Graf Westarp durch Zuzug zum Vorsitzenden gewählt worden. In politischen Kreisen wird angenommen, diese Wahl bedeute, daß die Politik des Kabinetts Luther in ihren großen Zügen von den Deutschnationalen einschließlich des sog. altkonservativen Teils der Fraktion gebilligt wird. Wenn Graf Westarp jetzt den Vorsitz der deutschnationalen Reichstagsfraktion übernommen habe, dann liege darin, daß auch er und sein enger Freundeskreis die Außenpolitik des jetzigen Reichskabinetts stützt und billigt.

Delegiertentagung des Deutschen Bauernbundes.

In Anwesenheit zahlreicher Vertreter aus allen Teilen des Reiches fand in Berlin die Delegiertentagung des Deutschen Bauernbundes statt. Der Hauptgeschäftsführer Dr. Böhm wies auf die einmütige Haltung des Bundes bei der Erledigung des Zolltariffs hin. Als eine der größten Aufgaben, die noch erledigt werden müßten, bezeichnete er die Reform der ländlichen Steuern in der Richtung einer völlig gleichen Belastung pro Hektar. In einer Entschließung wurde betont, daß die Verabschiedung eines Zolltariffs mit ausreichenden Schutzöllen nur durch eine weder direkt noch indirekt auf die Stimmen der Sozialdemokraten angewiesene Mehrheitsregierung erfolgen könne.

Abänderung des Fehrenbach-Urteils.

Vom bayerischen Justizministerium sind die Strafen für die feinerzeit wegen Landesverrats verurteilten und vor mehreren Wochen unter Festsetzung einer Bewährungsfrist vorläufig aus dem Zuchthaus entlassenen Fehrenbach, Gargas und Lembke herabgesetzt worden. So wurde die Zuchthausstrafe für Fehrenbach von 11 Jahren auf 3 Jahre 6 Monate, die Zuchthausstrafe für Gargas von 12 Jahren auf 3 Jahre 10 Monate und die Zuchthausstrafe für Lembke von 10 Jahren auf 3 Jahre 2 Monate herabgemindert. Der im Zusammenhang mit diesen Strafen gegen die Genannten ausgesprochene Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bleibt bestehen.

Frankreich.

× Aufhebung der Botschaft beim Vatikan. In der französischen Kammer stand die Frage der Aufhebung der Botschaft beim Vatikan erneut zur Debatte. Die Opposition beantragte Zurückverweisung des diese Frage betreffenden Budgetkapitels an die Finanzkommission. Die Regierung stellte hierauf die Vertrauensfrage. Die Kammer lehnte den Antrag der Opposition mit 314 gegen 250 Stimmen ab. Damit hat sie der Beseitigung der französischen Botschaft beim Vatikan zugestimmt.

Großbritannien.

× Wirtschaftsboykott gegen die Türkei? Englische Blätter bezeichnen es als höchst wahrscheinlich, daß die Alliierten in nächster Zeit wegen des Verhaltens der türkischen Regierung gegen Griechenland in Angora Protest erheben werden. Wenn die christliche Bevölkerung, die die Trägerin des türkischen Wirtschaftslebens sei, aus der Türkei vertrieben werde, werde Konstantinopel jede Bedeutung als Hafen und Wirtschaftszentrum verlieren. Diese Hinweise lassen darauf schließen, daß die Alliierten anscheinend entschlossen sind, eine antichristliche Politik der Türkei mit einem Wirtschaftsboykott zu beantworten.

Ägypten.

× Abenteuerliche Verhaftung der Mörder des Sirdars. Die beiden Mörder des vor einigen Monaten ermordeten Sirdars sind unter höchst dramatischen Umständen verhaftet worden. Sie wurden seit Tagen von englischen und ägyptischen Polizeibeamten beobachtet, und man gab ihnen Gelegenheit, in Beduinenkleidung in einem Zuge, der von Alexandrien zur libyschen Grenze fuhr, zu

Die Dauerkrise in Preußen.

n. Berlin, 3. Februar.

Noch hat der zum Ministerpräsidenten gewählte sozialdemokratische Abgeordnete Otto Braun nicht erklärt, daß er die Wahl ablehne, obwohl die Aussichten für ihn, ein Kabinett zustande zu bringen, ziemlich aussichtslos zu sein scheinen. Bei der gestrigen Unterhaltung Brauns mit dem Vertreter der Deutschen Volkspartei Abg. v. Campe legte Braun diesem zwei Fragen vor. Die erste lautete, ob die Deutsche Volkspartei sich nicht doch noch entschließen könne, in die große Koalition wieder einzutreten. Die Antwort war ein unbedingtes sofortiges Nein. Die zweite Frage ging dahin, ob die Deutsche Volkspartei bereit sein würde, das jetzige Kabinett oder doch ein von den Parteien des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten gestelltes Kabinett unter gewissen, noch zu vereinbarenden Bedingungen zu tolerieren, also vorläufig zu dulden. Herr v. Campe antwortete, seiner Überzeugung nach sei auch das unmöglich, doch werde er die Frage seiner Fraktion vorlegen, in der eine solche Möglichkeit noch nie erörtert sei. Er werde bis Donnerstag Antwort geben.

Um den Landtagspräsidenten.

Der Ältestenrat des Preussischen Landtages beschloß, dem Landtage zu empfehlen, die endgültige Wahl des Landtagspräsidenten, die nach der Geschäftsordnung nach vierwöchiger Frist am 5. d. M. fällig wäre, auf Dienstag, den 10. Februar, zu verschieben. Diese Abweichung von den Bestimmungen der Geschäftsordnung ist nur möglich, wenn alle Fraktionen damit einverstanden sind. Im Ältestenrat ist die Zustimmung erfolgt; der Landtag muß endgültig entscheiden. Er tagt am 5. Februar. Seine Geschäftsordnung befiehlt, daß der vorläufig gewählte Präsident nach vier Wochen bestätigt werden muß. In letzter Zeit wurde von mehreren Seiten dafür eingetreten, an Stelle des sozialdemokratischen Abgeordneten Bartels einen anderen Präsidenten zu wählen.

entkommen. In diesem Zuge befand sich eine Anzahl Kriminalbeamter, die gleichfalls als Beduinen verkleidet waren. Als der Zug sich mitten in der Wüste befand, wurde er angehalten und von den Polizeibeamten durchsucht. Die Attentäter, die schwer bewaffnet waren, wurden entwaffnet und festgenommen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Reichskanzler Dr. Luther wird am 9. Februar zu einem Besuch in Köln eintreffen und sich von dort nach Stuttgart begeben.

Berlin. Reichswirtschaftsminister A. D. Hamm wurde in der Vorstandsitzung des Deutschen Industrie- und Handelstages vom Vorsitzenden Franz von Mendelssohn als erstes geschäftsführendes Präsidialmitglied eingeführt. Hamm wird die Geschäfte am 9. Februar übernehmen.

Berlin. In der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) wurde unter der Firma Liquidations- und Treuhand-G. m. b. H. eine Treuhandgesellschaft gegründet, die den Zweck hat, die Verpflichtungen des Barnat-Konzerns abzuwickeln.

Disburg. Oberbürgermeister Dr. Jarres übernahm wieder die Leitung der Stadtverwaltung. Dr. Jarres dankte für die ihm seitens der Bürgerschaft, der städtischen Beamten und der Angestellten entbotenen Willkommensgrüße und den festlichen Empfang.

Wien. Der russische Gesandte Soffe, der erst vor wenigen Wochen hierherkam, soll wieder abberufen werden und als russischer Gesandter nach Tokio gehen. Seine Nachfolge soll der Leiter einer russischen Exportgesellschaft Lauffer übernehmen.

Kowno. Der litauische Staatspräsident beauftragte den bisherigen Finanzminister Petrulis mit der Kabinettsbildung. Petrulis nahm den Auftrag an und bildete eine Regierung. Das neue Kabinett ist ein christlich-demokratisches.

Deutscher Reichstag.

(13. Sitzung.) CB. Berlin, 3. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde dem Geschäftsausschuss ein Antrag des preussischen Kultusministeriums auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Professor Dr. v. Freytag-Loringhoven überwiesen. — In erster und zweiter Beratung wurde darauf das deutsch-tschechoslowakische Abkommen vom 4. März 1924 ohne Debatte angenommen.

Der kommunistische Abg. Stöcker beantragte außerhalb der Tagesordnung die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses anlässlich der Überweisung von 700 Millionen Reichsmark an die Rhein- und Ruhrindustriellen. Dieser Ausschuss soll sich auch mit den Begünstigungen beschäftigen, die der Schwerindustrie von den bisherigen Regierungen zugesprochen seien. Weiter beantragte der Abgeordnete, daß die Mitglieder dieser Regierungen vor den Staatsgerichtshof gestellt werden.

Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärte, seine Freunde würden die kommunistischen Anträge nicht unterstützen. Sie würden selbst die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragen, sie würden aber erst die Denkschrift der Regierung abwarten. — Die sofortige Beratung der kommunistischen Anträge scheiterte an dem Widerspruch aus dem Hause.

Im weiteren Verlauf der Aussprache wurde das deutsch-flamische Abkommen debattenlos dem Ausschuss überwiesen. Dann begann die zweite

Beratung des Etats.

mit dem Haushalt des Reichsarbeitsministeriums, wobei der sozialistische Abg. Hoch über die Ausschussberatungen berichtete. Als erster Redner ergriff das Wort der Abg. Dikmann (Soz.), der darüber Beschwerde führte, daß bei der Sozialversicherung die Arbeitnehmer weit mehr als die Arbeitgeber belastet würden. Der Abgeordnete forderte weiter eine Erhöhung der Sozialrenten. Der alte Einwand, es sei kein Geld dafür da, könne jetzt nicht mehr gelten, nachdem die Regierung der Schwerindustrie ein Geschenk von 700 Millionen in den Schoß geworfen habe. Der Redner fragte die Minister, ob es richtig sei, daß die Schlichtungsausschüsse angewiesen worden seien, bei ihren Schiedsentscheidungen die Löhne und Gehälter niedriger

zu halten im Interesse der Währung. Bei diesen Stellen machten die Kommunisten wiederholt laute Zwischenrufe. Der Mahnung des Präsidenten Böbe, seinen Platz wieder einzunehmen, folgte der Kommunist Barth zunächst Widerstand entgegen. Er folgte sich erst, als ihm nach einem Ordnungsruf die Anwesenheit scharfer Geschäftsordnungsmaßnahmen angedroht worden war. Der Redner verlangte schließlich den Achtstundentag für alle Hand- und Kopfarbeiter, für Bergarbeiter unter Tage und die Arbeiter in gesundheitsgefährlichen Betrieben eine noch kürzere Arbeitszeit.

Abg. Koch-Düffeldorf (Dn.) verlangte eine Förderung der Sozialpolitik. Mit den Wirtschafts- und sozialpolitischen Experimenten der letzten fünf Jahre sei freilich kein Segen gestiftet worden. Die nachrevolutionären Großmänner seien nicht die besten Arbeitervertreter. Seine Partei verkenne nicht den Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Sozialpolitik dürfe aber nicht nur die wirtschaftlichen Zahlen, sondern sie müsse auch den lebenden Menschen berücksichtigen. Von den Sozialdemokraten werde scheinbar der schädigende Einfluss der Dawes-Verpflichtungen auf die Sozialpolitik unterschätzt. Es sei eine Irreführung der Massen, wenn man ihnen verschweige, daß sie einfach nicht mehr so gut leben könnten wie vor dem Kriege. Seine Freunde seien gegen jede Zentralisation, besonders in der Krankenversicherung. Die kleinen und mittleren Krankenkassen müßten erhalten bleiben. Die Leistungen der Unfallversicherung bedürften einer beträchtlichen Erhöhung.

Der Abg. Stegerwald (Ztr.) verlangte Aufbesserung der Invalidenrenten und der Höhe der Erwerbslosenfürsorge. Ebenso müsse der großen Notlage der Kurzarbeiter endlich abgeholfen werden. Mit dem schematischen Achtstundentag hätte man das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, jedoch dürfe die Verlängerung der Arbeitszeit nicht zur Dauereinrichtung werden. Der Redner wies dann darauf hin, daß die Löhne der qualifizierten Arbeiter im Verhältnis zu den Gehältern der unteren Beamten sehr gesunken seien. Hier wäre auf alle Fälle ein Ausgleich notwendig. Weiter monierte der Redner, daß zwar die Schäden des Ruhrsturms den Arbeitgebern ganz oder zum größten Teil vom Reiche ersetzt worden seien, daß jedoch die Arbeiter und Angestellten nichts bekommen hätten.

Abg. Thiel (D. Vp.) empfahl den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, daß sie sich mehr bemühen sollten, ohne Inanspruchnahme der Schlichtungsämter durch freie Vereinbarungen zu einer Verständigung zu kommen. Die Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen würde aber in den Fällen Notwendigkeit bleiben, wo eine wirtschaftlich schwache Gruppe aus eigener Kraft nicht zu angemessenen Arbeitsbedingungen kommen könnte.

Deutschnationaler Parteivorstand.

Berlin, 3. Februar.

Der zu einer Sitzung einberufene Parteivorstand trat im Landtagsgebäude zusammen. Nach einer Besprechung der allgemeinen politischen Lage im Reich und in Preußen wurde besonders die Regierungskrise in Preußen besprochen. Man war der Ansicht, daß die Möglichkeiten, ein Kabinett zustandzubringen, erschöpft sind, und daß Ministerpräsident Braun seinen Austrag zurückgeben werde. Der Parteivorstand stimmte der Stellungnahme der Reichstagsfraktion und der Landtagsfraktion zu und nahm mit Dank davon Kenntnis, daß die landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen ihren Einfluß auf die von ihnen vertretenen Kreise dahin geltend gemacht haben, einem Übergreifen des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens auf Erwerbsgebiete des selbständigen erwerbstätigen Mittelstandes entgegenzuwirken. Der Parteivorstand setzte einen Paritätsausschuß für Ostmarkenfragen ein. Eine Aussprache über Organisationsfragen der Partei beschloß die aus allen Teilen des Reiches besuchte Tagung. Die Frage der Wahl des Parteivorstehenden wurde der für den 21. Februar einberufenen Parteivertretung überwiesen. Inzwischen führt der Abg. Winkler die Geschäfte des Parteivorstehenden.

Deutsche Kriegergräber in Frankreich.

Gute Instandhaltung.

Mit gegenseitigem Einverständnis der deutschen und der französischen Regierung hat der Direktor des Zentralnachweisamts für Kriegerverluste und Kriegergräber, Geheimrat Oberregierungsrat Hornig, eine größere Anzahl deutscher Kriegerfriedhöfe in Frankreich besichtigt und dabei etwa ein Viertel sämtlicher Gräber der in Frankreich beerdigten deutschen Gefallenen besucht. Die von den Franzosen vorgenommenen Umbettungen sind nahezu beendet. Die Toten ruhen jetzt mit wenigen Ausnahmen auf den endgültigen Friedhöfen. Auf jedem Einzelgrab steht, soweit nicht die alten deutschen Grabzeichen beseitigt oder bei der Umbettung mitgenommen sind, ein schwarzes Holzkreuz, das den Namen und sonstige Personalangaben enthält. Schadhafte Holzkreuze werden fortlaufend ersetzt. Die Frage, ob an Stelle der Holzkreuze von der französi-

schen Regierung dauerhafte Grabzeichen gesetzt werden sollen, wird zurzeit von den zuständigen französischen Behörden geprüft. Auf den etwa 1 Meter hohen, rechteckigen Massengräbern werden große Tafeln mit den festgestellten Namen errichtet. An den endgültigen Friedhöfenumwehungen wird augenblicklich gearbeitet. Bepflanzung der Einzel- und Massengräber ist in Aussicht gestellt. Im allgemeinen zeigen die besichtigten Friedhöfe, soweit sie bisher instandgesetzt werden konnten, ein gutes Aussehen und sind ordentlich unterhalten. Das Aussehen der deutschen und französischen Friedhöfe ist im großen und ganzen das gleiche. Besonders hervorzuheben ist, daß eine Anzahl der von den Deutschen selbst sehr schön angelegten Friedhöfe in ihrer ursprünglichen Form erhalten bleibt.

Die Hauszinssteuer.

Von Martin Horwich, Volkswirt N. D. V., Breslau.

Auf die Hauszinssteuer können nach erfolgtem Antrag verschiedene Ermäßigungen gewährt werden.

Als der wichtigste Fall kommt derjenige in Betracht, bei dem Grundstücke mit Hypotheken (sog. Papiermarkhypotheken) belastet sind, welche auf Grund der 3. Steuerordnung aufgewertet werden müssen. Für den aufgewerteten Betrag sind vom 1. Januar 1925 ab erstmalig 2 % Zinsen zu zahlen. Jeder Hauseigentümer kann nun beantragen, daß die Hauszinssteuer um den Betrag ermäßigt wird, den er zur Verzinsung dieser aufgewerteten Hypotheken geschuldet hat. Es handelt sich dabei aber nur um die geschuldeten Verpflichtungen. Wer also etwa freiwillig höher als 15 % aufgewertet hat oder freiwillig mehr als 2 % Zinsen zahlt, kann nur den Betrag als Abzug von der Hauszinssteuer beantragen, welcher einer Verzinsung von 2 % bei 15 %iger Aufwertung entspricht.

Der Eigentümer eines Grundstücks, das am 1. Juli 1914 gar nicht oder mit nicht mehr als 20 % seines Wertes belastet war, kann beantragen, daß die Hauszinssteuer so weit herabgesetzt wird, daß sie nicht mehr als 20 % der Friedensmiete beträgt. Er kann aber auch verlangen, wenn das für ihn günstiger ist, daß die Hauszinssteuer um 1/4 ihres Betrages herabgesetzt wird. Es kommt hierbei also darauf an, ob am 1. Juli 1914 auf dem Grundstück überhaupt privatrechtliche Lasten ruhten oder ob der Gesamtbetrag dieser Lasten, falls sie bestanden haben, nicht höher war als 20 % des damaligen Grundstückswertes. Ein diesbezüglicher Antrag ist beim zuständigen Katasteramt zu stellen.

Eine Herabsetzung der Hauszinssteuer kann auch beantragt werden, wenn nachgewiesen wird, daß die tatsächlich erzielte Friedensmiete bzw. bei Eigenbewohnern der tatsächliche Friedensmietwert eines Grundstücks weniger beträgt als 6 % des Grundvermögenswertes. Hat also ein Grundstück einen Friedenswert von 100 000 Mark gehabt, aber tatsächlich nur einen Mietsertrag von 5000 Mark gebracht, so kann ein solcher Ermäßigungsantrag gestellt werden. Die Ermäßigung kann in solchen Fällen rückwirkend verlangt werden ab 1. Juli 1924.

Betragt die Friedensmiete weniger als 5 1/2 % des Steuerwertes, so kann der Hauseigentümer ebenfalls eine Ermäßigung der Hauszinssteuer sogar mit Wirkung vom 1. April 1924 ab beantragen, wenn er nachweist, daß die Steuer in der festgesetzten Höhe eine unbillige Härte bedeutet in Anbetracht der persönlichen Verhältnisse des Steuerzahlers. Hier muß aber der Nachweis erbracht werden, daß tatsächlich besonders ungünstige Verhältnisse vorliegen.

Auch einzelne Mieter, auf welche ja die Hauszinssteuer abgewälzt wird, können eine Stundung bzw. Ermäßigung oder auch einen Erlaß der Steuer beantragen, wenn sie nachweisen, daß sie nicht in der Lage sind, die gefällte Miete zu zahlen und daß sie eine Herabsetzung der Miete um die Höhe der auf sie entfallenden Hauszinssteuer nach ihren wirtschaftlichen Verhältnissen dringend benötigen. Der Antrag ist zunächst beim Hauswirt und von diesem dann beim Katasteramt zu stellen.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß für Grundstücke und für Gebäudeteile, die erst nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind, eine Hauszinssteuer nicht erhoben werden darf. Diese Vergünstigung kommt allerdings in Fortfall, wenn diese Neubauten oder Umbauten mit Beihilfen aus öffentlichen Mitteln ausgeführt worden sind. Die Steuerpflicht kann in solchen Fällen aber mit 40 % des Goldmarktes der Beihilfen bis zum 31. März 1925 abgelöst werden.

Da gingen zwei Offiziere an ihrem Tisch vorüber, nach einem Platz Umschau haltend. Sie trauten, grüßten, blieben stehen — Herr v. Thielens, Baron Vibra.

Kommerzienrat Hofmann sprang auf, den Herren die Hände schüttelnd und sie auffordernd, am Tische Platz zu nehmen. Man machte sie mit der Familie Stork bekannt. Viviane ließ vergleichend ihre Blicke zwischen Thielens und Vibra hin und her gehen, und ihr Urteil war bald gefällt — Baron Vibra, der neben Gisela Bernhausen ja, gefiel ihr besser als alle Herren, die sie bisher kennen gelernt hatte. Etwas Sonniges, Frohes haftete ihm an. Seine blauen Augen in dem gebrauchten Reitergesicht blühten vor Lebenslust. Unwiderstehlich wirkte er auf sie ein. Lebhaft beteiligte sie sich an der Unterhaltung und war sehr drollig in ihrem Amerikanisch-Deutsch.

Die schmachtenden Klänge der Barcarole aus „Hofmanns Erzählungen“ schwebten über dem Stimmengewirr.

Thora Bernhausen hob ihren Stuhl etwas zurück und wandte den Kopf nach der Musik, um besser hören zu können. Da blickte sie gerade in ein Paar dunkle Männeraugen, die unverwandt nach ihr starrten, und sie sah in einem schönen brünetten Gesicht ein lautes Lächeln, das sie zu grinsen schien. Wie ein Schlag durchzuckte es sie: er war es, ihr Bajazzo, der sie bei diesen weichen, schmachtenden Klängen einst geküßt — es war der Herr aus dem Theater, derselbe auch, den ihr neulich auf der Straße begegnet war.

Aber wer und was war er?

Sie verstand sich zu beherrschten. Als habe sie ihn nie gesehen, so gleichgültig schweifte ihr Blick über den Mann hinweg, der da an einem Baum lehnte, in die süße Melodie versunken. Er hielt den Hut in der Hand, und das Licht der Lampen fiel voll auf sein schmales, raffines Gesicht mit dem stolzen Munde. Ihr fiel geradezu auf, wie interessant und bedeutend er aussah.

Da kam Leben in seine fast reglose Gestalt. Er näherte sich ihrem Tische. Giedendheiß überließ es sie da. Er würde doch nicht gar auf diese Bekanntschaft hin die Kühnheit haben, sie anzusprechen? Tatsächlich wagte er es, schon von weitem zu grinsen. Ein hoch-

Es sei endlich ausdrücklich nochmals hervorgehoben, daß alle diesbezüglichen Anträge einzureichen sind beim Vorsitzenden des Grundsteuerausschusses, d. h. beim Katasteramt. Die Frist zur Einreichung der Anträge läuft am 31. März 1925 ab.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 5. Februar 1925.

Der Wert der Tageszeitung für den Geschäftsmann. Die englische Tageszeitung „Daily Express“ teilt mit, daß ein bekanntes Warenhaus ihr einen Anzeigenauftrag übertragen hat, wie er zwischen einer Firma und einer Zeitung noch nicht abgeschlossen worden ist. Die Firma hatte die ganze dritte Seite des „Daily Express“ für ein ganzes Jahr gemietet. Das Blatt erscheint 312 mal im Jahre, und der Vertrag bezieht sich daher auf 2184 Spalten oder mehr als 260 Quadratmeter Flächenraum. Sir Sidney Skinner, der Direktor der Firma, sagte nach dem Abschluß des Vertrages: „Doch durch Anzeigen sind wir groß geworden, und wir haben uns immer an den Grundsatz gehalten: Wenn ein Geschäft die Unkosten der Anzeigen nicht trägt, dann soll es lieber eine Anzeige veröffentlichen, daß das Geschäft zu verkaufen ist.“

—* Forderungen des Handwerks. Der Zusammentritt des neuen Reichstages, der Wechsel in der Regierung und der nach den damit verbundenen Erregungen hoffentlich bald zu erwartende Beginn der praktischen Arbeit des Parlaments haben dem Handwerk und den ihm nahestehenden parlamentarischen Vertretern Veranlassung gegeben, eine Reihe von Wünschen des Handwerks in programmatischer Form kundzutun. Zum Teil haben diese Forderungen bereits ihren Niederschlag gefunden in Anträgen, die dem Reichstag vorgelegt worden sind. Das Handwerk hat es oft als Mangel empfunden, daß seine Belange bei der Behandlung in den Reichszentralstellen Gefahr liefen, neben denen der übrigen großen Erwerbsstände beiseite gesetzt zu werden. Es erneuert deshalb seine alte Forderung auf Errichtung eines besonderen Staatssekretariats für das Handwerk. Auf steuerlichem Gebiete fordert es zunächst eine grundlegende Vereinfachung des gesamten Steuersystems, so dann im einzelnen u. a. Neufestlegung der Höchstgrenze für die Gewerbesteuergrundlage, weitestgehende Erleichterungen zur Förderung des Wohnungsbaues, möglichst Verringerung der Erhebungs- und Verwaltungs-Kosten bei der Hauszinssteuer und Zuleitung der Erträge dieser Steuer an das private Baugewerbe. Hand in Hand mit diesen Maßnahmen muß ein weitestgehender, möglichst restloser Abbau der Wohnungszwangswirtschaft gehen. Endlich bildet das Verlangen, daß das Reich dem gewerblichen Creditwesen erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden und tunlichst ein Zentralcreditinstitut für das Handwerk nach Analogie der Agrarbank schaffen solle, einen der Hauptpunkte des Programms. Auf der anderen Seite sind gefordert, daß die Tendenz zur Verkrüppelung der Wirtschaft nicht durch gesetzgeberische oder Verwaltungsmaßnahmen begünstigt wird und daß gegen das Ueberhandnehmen staatlicher, kommunaler und privater Regiebetriebe geeignete Maßregeln ergriffen werden. Endlich ist noch zu erwähnen, daß die Aufhebung der Preistreibeiverordnungen und der Preisprüfungsstellen verlangt wird.

+ Halver, 4. Febr. Nur wenige Tage und es gelang das so oft angekündigte historische Schauspiel „Kolberg“ zur Aufführung. Das Stück führt uns so recht den vaterländischen Geist der Bewohner der Festung Kolberg vor Augen. Die Bewohner wollen lieber sterben als sich den Franzosen übergeben. Tiefergreifende und erfrischende Szenen wechseln in dem Schauspiel miteinander ab. Die Mitglieder des Dilettantenvereins haben das Stück gut einstudiert und werden es in volgender Form wiedergeben. Wie aus den Inseraten ersichtlich, finden vier Vorstellungen statt; Samstag nachmittag für die Schulen, abends für die Mitglieder des Landwehrvereins, Jungdeutscher Orden, Stahlhelm und Dilettantenverein Halver; Sonntag nachmittag für die auswärtigen Vereine und Sonntag abend findet die Hauptvorstellung, wozu Jedermann Zutritt hat, statt.

mütiger Zug entstellte ihr Gesicht. Sie dankte ihm nicht.

Aber da — zu ihrer größten Verwunderung — winkte der Kommerzienrat grüßend mit der Hand und rief dem Unbekannten einige freundliche Worte und Fragen zu, die der höflich und zuvorkommend beantwortete, um dann langsam weiterzugehen.

Also dem Kommerzienrat hatte vorhin der Gruß gegolten und nicht ihr! Sie atmete erleichtert auf.

Nun hatte sie auch seine Stimme gehört. Es war dieselbe wohlklingende Stimme, die sich an jenem Abend so beläutend in ihr Ohr geschmeichelt hatte — kein Zweifel mehr: er war der Bajazzo gewesen!

Sie fieberte förmlich danach, zu erfahren, was er war, und sie fragte, sobald es anging, den Kommerzienrat, mit wem er soeben gesprochen.

Der junge Mann ist ein vielversprechender Künstler mit Namen Florstedt, den ich in Aussicht genommen habe, den Neubau meiner Villa auszuführen. Er hat einen hervorragenden Geschmack. Er wirkte direkt verblüffend mit seinen Vorschlägen. Ich habe seine Skizzen noch.

Ein Künstler!

Thora hätte beinahe zornig und verächtlich aufgelaht. Ein Künstler, einer von der Sorte Menschen, die ihr am wenigsten sympathisch war, denn Künstler und Hungerleider war für sie daselbe. Für das Streben und Ringen nach der Höhe hatte sie kein Verständnis. Voll innerlicher Erregung zerküßte sie ihr Spitzenlächelchen in den Händen, obwohl es eine mühselige Handarbeit Giselas war.

„Nun, junge, mittellose Künstler, wenn sie talentvoll sind, soll man unterstützen und durch Aufträge fördern“, fuhr der Kommerzienrat mit seiner etwas stifen Stimme fort. „Es ist unter Umständen sogar eine ganz gute Kapitalanlage — man kommt da häufig zu einem wohlfeilen Preise zu Gemälden, die später unter Brüdern das Zehn-, ja das Zwanzigfache wert sind.“

„Zuweilen kann es aber auch ein gehöriger Hering sein!“ Thora lächelte ein wenig. Ihre Stimme klang spröde.

Fortsetzung folgt

Die drei schönen Bernhausens.

Roman von Fr. Lehne.

13) (Nachdruck verboten.)

Und über dem bunten, glänzenden Bilde schwebte am dunklen Nachthimmel der Mond in ruhiger Klarheit.

An einem der Tische ging es besonders lebhaft zu, an dem Graf Bernhausen mit seinen beiden älteren Töchtern, der Kommerzienrat Hofmann und die Familie Stork saßen. Der Graf war in glänzender Laune, wie immer, wenn die Gräfin nicht mit anwesend war. Wegen eines leichten Unwohlseins — ihre Migräne plagte sie einmal wieder — war sie zu Hause geblieben, und ihr zuzuliebe Annelies.

Viviane Stork war mit ausgefuchter Kostbarkeit gekleidet. Sie war förmlich schmuckbeladen. In jeder Bewegung funkelte und blühte es an ihr. Ein riesengroßer, kühn gebogener, schwarzer Hut mit einer wunderbaren hellblauen Plume beschattete ihr Gesicht, dessen Zügel einen pitanten Reiz verleiht.

Neben Thora Bernhausen, die, wie ihre Schwester, ein weißes Stiderröckchen trug, saß Kommerzienrat Hofmann. Er war ein Mann von ungefähr zweiundvierzig Jahren. Seine laune mittelgroße, ziemlich beliebte Gestalt war mit peinlichster Sorgfalt gekleidet. Er suchte Thora angelegentlichst zu unterhalten. Jeden ihrer Wünsche las er ihr von den Augen ab. Ihr Glas blieb nie leer, und bald hob er ihr die Perlschale auf, die einmalem ihrem Schoß entglitt, bald den Schuttschal, dessen Enden auf dem Boden schleiften.

Doch trotz seiner Bemühungen ging sie nicht aus ihrer Reserve heraus. Ihr blaues Gesicht trug einen Ausdruck kühler Herablassung.

Voller Bewunderung blickte Viviane Stork auf das schöne Mädchen, und dunkel empfand sie, daß ihr stark ausgeprägtes Selbstbewußtsein ihr dennoch niemals jene selbstverständliche Vornehmheit geben konnte, die den Komtesse Bernhausen angeboren war. Sie sah neben Gisela, die sich liebenswürdig mit ihr unterhielt und sie auf diese und jene Persönlichkeit aufmerksam machte.

Ein Nationalpark im belgischen Kongogebiet.
Brüssel, 3. Februar. Durch ein königliches Dekret soll in Belgisch-Kongo ein großer Nationalpark geschaffen werden. Der Park, der den Namen Albert-Nationalpark führen soll, liegt im Nordosten der Kolonie zwischen dem Kivasee und Uganda.

Ratifikation des deutsch-polnischen Abkommens.
Warschau, 3. Februar. Das deutsch-polnische Abkommen über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen vom 30. August 1924 ist in Warschau ratifiziert worden.

Brandkatastrophe in Baku.
Moskau, 3. Februar. In Baku ist der größte Gasbrunnen in Brand geraten. Die Flammen stiegen 50 Meter hoch. Durch die Gase sind 27 Menschen vergiftet worden. Der Gefahr einer Verbreitung des Brandes auf andere Betriebe ist vorgebeugt.

Folgeschwere Explosion.
Moskau, 3. Februar. In den staatlichen Transportwerkstätten ist ein Ballon mit Sauerstoff explodiert. Vier Arbeiter wurden getötet, drei schwer verwundet.

Die albanischen Wirren.
Tirana, 3. Februar. Aus Furcht vor Verhaftung sind heute der Erzbischof Monsignore Mjeda und ein hervorragender französischer Diplomat in das Ausland geflüchtet. Der frühere Kriegsminister Dibra ist jedoch erschossen worden. Er war Organisator der Gesellschaft Vashitini. Dieser gehören die meisten politischen Attentäter Albanien an.

Flugzeugkatastrophe bei Berlin.

Ein Loter, fünf Schwerverletzte.
Auf dem Flugplatz in Staaken bei Berlin ereignete sich ein furchtbares Unglück. Ein Schulflugzeug, das der Flugschüler von Willissen lenkte, geriet infolge der Böden ins Trudeln und fiel durch das Dach der Lustschiffhalle „Zeppelin“ in die Halle, die zurzeit für Filmnahmen benutzt wird. Das Flugzeug, das aus großer Höhe heruntersank, begrub fünf Arbeiter unter sich, die zum Teil lebensgefährlich verletzt wurden. Der Flugschüler von Willissen, der gerade seine Pilotenprüfung ablegen wollte, war sofort tot. Die Arbeiter sind ausnahmslos durch herabfallende Steine verletzt worden, einer von ihnen so schwer, daß ein operativer Eingriff im Spandauer Krankenhaus notwendig geworden ist.

Kongresse und Versammlungen.

Tagung der Internationalen Bergarbeiterföderation.
In der Sitzung des Komitees der Internationalen Bergarbeiterföderation, die unter dem Vorsitz des Engländers Smith in Hannover stattfand, wurde folgender Beschluß gefaßt: Das Internationale Bergarbeiterkomitee nimmt Kenntnis von dem vorgelegten Bericht der deutschen Delegation über die Auswirkung des Dawes-Planes, in dem erklärt wird, daß der Dawes-Plan gegenüber dem früheren Zustande des wirtschaftlichen, politischen und militärischen Zwanges einen Fortschritt darstellt. Das Internationale Bergarbeiterkomitee empfiehlt den Landesorganisationen die Wirtungen des Dawes-Planes weiterhin zu studieren und fordert sie auf, darüber einen schriftlichen Bericht einzureichen, damit die nächste Komiteesitzung dazu Stellung nehmen kann. Ferner wurden Lebensfragen der Bergarbeiter beraten, da in allen Ländern die Lebensbedingungen der Bergarbeiter verwandter Natur seien. — Mit einer Besichtigung der Kaliwerke Ronnenberg schloß die Tagung.

Welt und Wissen.

w. Starker Geburtenrückgang in Berlin. Der Rückgang der Geburten und Eheschließungen nimmt in erschreckendem Maße zu. In den letzten beiden Jahren wurden in Berlin nur noch rund 10 Geburten auf 1000 Einwohner angemeldet gegen das Doppelte und Dreifache in Vorkriegszeiten. Da die Sterbeziffern sich auf rund 12 pro Tausend der Bevölkerung belaufen und bei Epidemien schnell steigen können, so kann man die Befürchtungen der Statistiker und Hygieniker wohl verstehen, um so mehr, als die Eheschließungen ganz bedeutend abnehmen. 1920 wurden z. B. noch 53 000 Eheschließungen in Berlin vollzogen, im vorigen Jahre nur noch 30 341, das heißt ein Viertel weniger innerhalb vier Jahren.

w. Das regenärme Land der Welt. Das in Südafrika gelegene Betschuanaland genießt den fragwürdigen Ruhm, daß in einzelnen Strichen des Landes durchschnittlich nur alle 12 Jahre Regen fällt. Über diese ungewöhnliche meteorologische Erscheinung machte der italienische Missionar Vater Forte, der lange Jahre dort gewirkt hat, einem italienischen Blatte interessante Mitteilungen. „Es kühlt unaussprechlich“, schreibt er,

„aber es ist nichtsdestoweniger wahr: es regnet überall, nur nicht hier. Während in Transvaal und im Botsuana Land Mais und Korn üppig stehen, kann man hier noch nicht einmal daran denken, zu säen. Livingstone schilderte bereits vor 60 Jahren das Land als unfruchtbar, und im Laufe der Zeit hat sich hieran nichts geändert. Livingstones Beobachtungen hatten den Beweis erbracht, daß im Betschuanaland nur alle 12 Jahre ein wirklich ausgiebiger Regen niedergeht. Die seitherigen Erfahrungen bestätigen seine Angaben durchaus und auch unsere eigenen Aufzeichnungen belegen darüber, daß tatsächlich nur alle 12 Jahre Regenfall eintritt.“

w. Ein bemerkenswerter Altertumsfund in Bulgarien. Bulgarische Bauern, die vor dem Dorfe Bulchidrum in der Nähe von Plewna auf dem Felde arbeiteten, stießen bei dem Ausgraben zufällig auf einen wissenschaftlich und auch sonst außerordentlich wertvollen Altertumsfund. Von der Erde losgelöst erwies sich der Gegenstand als eine Goldvase von recht erheblichem Gewicht. Die Bauern, die das Metall für Bronze hielten, lieferten die Vase dem Dorfbürgermeister aus und dieser brachte sie nach Sofia, wo sie im Nationalmuseum aufgestellt worden ist. Das Kunstwerk besteht aus elf verschiedenen Teilen und scheint einzig in seiner Art dazustehen. Vermutlich stammt die Vase aus Ägypten, hat aber wohl seit dem 6. oder 8. Jahrhundert in ihrem Grabe in Bulgarien verborgen gelegen. Das Ursprungsland ist noch nicht genau festgestellt. Vermutlich aber ist es Persien. Das Metall ist reines 24 karätiges Gold.

Arbeiter und Angestellte.

Köln. (Arbeitszeitkündigung im rheinischen Braunkohlenrevier.) Die beiden Bergarbeiterverbände haben den Schiedsspruch, der für das rheinische Braunkohlenrevier die zwölfstündige Arbeitszeit festlegt, zum 28. Februar gekündigt. Die Organisationen fordern bekanntlich zum 1. März die Wiedereinführung der früheren Achtstundenschicht. In den nächsten Tagen sollen Verhandlungen mit den Arbeitgebern stattfinden.

Nus dem Gerichtssaal.

§ Der Auer-Prozess. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen sagte der bekannte Räterepublikaner Auer aus, daß Auer den Mordanschlag auf den Kaiser im Januar 1918 abgelehnt und beim Ausbruch der Revolution eine zweifelhafte Haltung eingenommen habe. Er habe mit Eisner konspiriert und wollte in der Bürgerwehr eine reaktionäre Truppe heranziehen. Die Blutschuld der Räterepublik falle auf Auer und die Sozialdemokratie. Der frühere Bürgermeister und jetzige Stadtrat Eduard Schmidt sagte aus, daß weder Auer noch die Sozialdemokratie mit dem Lotter-Rußch etwas zu tun hatten. Schreinermeister Dietl bezeugt, daß er durch Vermittlung Auers ein Darlehen von 1000 Mark erhalten habe, um sich eine neue Existenz gründen zu können. Es wurden dann Aussagen von Zeugen, darunter die der Witwe Eisners verlesen, die behauptet, daß ihr Mann Auer oft als pathologischen Lügner bezeichnet habe. Sie selbst sei aber der Überzeugung, daß Auer an der Ermordung ihres Mannes unschuldig sei. In der nächsten Umgebung Eisners habe man den Eindruck gehabt, daß Auer seine Stellung als Innenminister zur Konspiration gegen Eisner benutzte. Auer habe ihrem Gatten den bayerischen Gefangenentypus in Prag angeboten, unter der Voraussetzung, daß er Ministerpräsident würde.

§ Die kommenden Hochverratsprozesse. Am 10. Februar beginnt vor dem Staatsgerichtshof der Prozess gegen die sogenannte deutsche Tscheka. Am 11. Februar finden mehrere kleinere Hochverratsprozesse vor dem süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes statt. Am 4. Februar wird gegen den Redakteur Peter Stahl aus Köln und gegen den Arbeiter Wilhelm Granzow aus Charlottenburg und am 5. Februar vor dem ersten Senat des Staatsgerichtshofes gegen den Redakteur Drechsler aus Halle verhandelt.

§ Der Auer-Prozess. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde als Zeuge der bayerische Historiker Universitätsprofessor Geheimrat Dr. Döberl vernommen, der über das Verhalten Auers in der bayerischen Revolutionszeit Auskunft geben sollte. Döberl ist der Ansicht, daß die Führer der Sozialdemokratie und insbesondere Auer die Revolution nicht gewollt hätten. Daß Auer nach der Revolution in die Revolutionsregierung eingetreten sei, findet der Zeuge sehr verständlich. Auer bestreitet nicht, daß er in der Nacht vor der Revolution eine Unterredung mit den kaiserlichen Ministern geführt habe. Er erklärt, auch früher diese Unterredung nicht abgelehnt zu haben; er habe sich nur gegen die Auslegung gewandt, daß er mit den 500 Mann Truppen die Monarchie habe retten wollen.

§ Verurteilung dreier württembergischen Kommunisten. Im Hochverratsprozess gegen drei württembergische Kommunisten verurteilte der süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofes den Hilfsarbeiter Willi Schmidt zu zwei Jahren Zuchthaus und 200 Mark Geldstrafe. Der Hilfsarbeiter Rudolf Podubsky erhielt ein Jahr und 6 Monate Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe, der Bandagist Walter Häbich ein Jahr Gefängnis und 150 Mark Geldstrafe.

§ Urteil im Siegerländer Kommunistenprozess. In dem Prozess gegen die Siegerländer Kommunisten vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts wurde das Urteil verkündet. Der Hauptangeklagte Jünger erhielt 4 Jahre Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, der Angeklagte Schramm 2 Jahre 6 Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe, der Angeklagte Kramer 3 Jahre 6 Monate Gefängnis und 600 Mark Geldstrafe, der Angeklagte Becker 2 Jahre 6 Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe, die übrigen Angeklagten Gefängnisstrafen von ein bis zwei Jahren und entsprechende Geldstrafen.

§ Fünf Pfennig für eine Semmel ist Preistreibeerei. Der Pfennig ist wieder zu Ehren gekommen. Diese Erkenntnis mußte ein Augsburger Gastwirt teuer bezahlen, der glaubte, noch immer Inflationstrieben frönen zu können. Er verlangte für eine Semmel 5 Pfennige, während dieselbe nur die Hälfte kostet. Das Amtsgericht Augsburg hatte aber für den gut entwickelten Geschäftssinn des Mannes kein Verständnis, sondern verurteilte ihn zu drei Tagen Gefängnis wegen Preistreibeerei und zu einer weiteren Geldstrafe von 300 Mark oder 10 Tagen Gefängnis.

§ Ein Redakteur wegen Beleidigung der Polizei verurteilt. Der verantwortliche Redakteur der Hamburger Nachrichten Thomas Hübbe wurde wegen Beleidigung der Polizei durch einen Zeitungsartikel zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Hübbe konnte für seine Behauptung „polizeiwidrige Polizeizustände“ keinerlei Beweis erbringen.

Börse und Handel.

*** Berliner Börsenbericht vom 3. Februar.** Die unsichere und noch keineswegs geklärte Lage des Geldmarktes spiegelte sich in der Gesamthaltung der Börse wider, die ausgesprochen uneinheitlich war mit einer deutlichen Tendenz zu weiteren Abschwüngen. Man sprach davon, daß angeblich die Großbanken namhafte Kredite gekündigt haben. Tagesgeld wurde mit 10—14 % genannt. Umfangreiche rheinische Abgaben am Montanmarkt führten zu nicht unerheblichen Kurseinbußen, wodurch auch die übrigen Märkte stimmungsmäßig ungünstig beeinflusst wurden. Auch die inländischen Anleihen schlossen sich der rückläufigen Kursbewegung an.

*** Die Berliner Devisenbörse vom 3. Februar nennt am:** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,09—20,14; holl. Gulden 169,06—169,48; Danz. 79,70—79,90; franz. Frank 22,68—22,74; belg. 21,65—21,71; schwed. 80,97 bis 81,17; Italien 17,43—17,47; schwed. Krone 113,02 bis 113,30; dän. 74,91—75,09; norweg. 64,12—64,28; tschech. 12,40—12,44.

*** Amtliche Heu- und Strohnottierungen (Erzeugerpreise)** per 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Reichsmark): Quadratballen drabtegetrocknetes Roggen- und Weizenstroh —, do. Saferstroh —, do. Gerstenstroh —, Roggenlangstroh —, bindfadengetrocknetes Roggen- und Weizenstroh —, Säckel —, handelsübliches Heu 2,40—2,65, gutes Heu 3,35—3,65, Melilthen, lose 1,75—2,00 Kleeheu lose —.

*** Amtliche Berliner Butternottierung.** Die Berliner amtliche Preisfestsetzung im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel, Fracht- und Gebinde gehen zu Käufers Lasten, war am 3. Februar: für 1. Qualität 1,88 M., 2. Qualität 1,70 M., abfallende Qualität 1,40 M. für 1 Pfund.

*** Berliner Kartoffelnottierungen (amtlich)** per 50 Kilo, Erzeugerpreise ab märk. Volkshausstationen. Speisefertig: weiße 2,20, rote 2,40 gelbschleißige 2,90.

*** Der Großhandelspreis für Tafelmargarine** stellt sich am 3. Februar auf 0,54—0,81 M. je Pfund.

*** Freigabe der dänischen Vieheinfuhr über Kiel.** Nach einer Verfügung des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft ist die Einfuhr dänischen Viehs nach Kiel in die Quarantäneanstalt zur sofortigen Abschachtung gestattet.

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Mehl		Sonstige		Sonstige	
	3. 2.	2. 2.		3. 2.	2. 2.
Weiz., märk.	256-262	259-263	Weizfl. f. Brl	16,8	16,8-17
pommerscher	—	—	Roggl. f. Brl.	16,5-16,6	16,8-17
Rogg., märk.	245-250	254-259	Raps	400	400
pommerscher	—	—	Leinsaat	410-415	410
weipreuss.	—	—	Wittor. Erb.	29-35	29-35
Futtergerste	215-235	220-240	fl. Speiserb.	21-23	21-23
Brangerste	255-275	260-285	Futtererbsen	20-22	20-23
Safer, märk.	187-195	190-198	Beluschten	18-19	18-19
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	18-22	20-22
weipreuss.	—	—	Widen	18-20	18-20
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	13-14	13-14
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin., gelbe	16-16,3	16-16,2
fln. br. inf.	—	—	Seraballa	17-18,5	17-18,5
Sad (feinst)	—	—	Rapsstuden	19,2-19,5	19,2-19,5
Mrt. u. Rot.	36-37,7	36-38,2	Leinfuchsen	25,5-26	25,2-25,5
Roggenmehl	—	—	Trodenschl.	9,8-10	9,8-10
p. 100 Kil. fr.	—	—	ow. Zuchsch.	19-20	19-20
Berlin Br.	—	—	Torschl. 30/7	9,8	9,8-10
infl. Sad	35,2-37,2	35,7-37,7	Kartoffelsf.	20,8-21,2	21-21,3

Schriftleitung Wilt. Bell jr., Halver. i. Westf.

Für sofort oder in 14 Tagen können einige

Arbeiter

gegen guten Lohn und dauernder Beschäftigung eingestellt werden

Wilt. Edmann, Feilen- u. Werkzeugfabrik Halver.

Brant-Paar

sucht für sofort oder in 6 Wochen 1—2 leere Zimmer

oder 1 gewöhnlich möbliertes Zimmer wofür ein Herd aufgestellt werden kann.

Zu erfrag. in d. Geschft. d. Allg. Anz. Halver.

Zur Stiefelfabrikation geeignetes

Eichenholz

kaufen zu den höchsten Preisen

Engstfeld & Lambertii Holzwerk

Fernspr. Lüdenscheld 10

Morgenmädchen für sofort gesucht.

Bonwemsgdt. Geschft. des Allg. Anz. Halver.

Statt jeder besonderen Anzeige.



Heute morgen um 1/26 Uhr entschlief sanft nach kurzem, schweren Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater, Grossvater, Schwager und Onkel

Fritz Asbeck

im Alter von 73 Jahren.

Um stilie Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen:

Hugo Asbeck u. Frau
Gustav Asbeck u. Frau
Hermann Welschehold
Aenne Welschehold

Meinerzhagen, Oberbrügge und Lüdenscheld, den 3. Februar 1925.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. Febr. nachm. 3 Uhr vom Trauerhause, Bahnhofstr. 3, aus statt.

Trauerdrucksachen

fertigt schnellstens an der Verlag dieser Zeitung.



Landwehrverein Halver

bringt in Verbindung mit dem Dilettantenverein „Hohenzollern“ im Saale der Karlshöhe

das vaterländ.-historische Schauspiel

Kolberg

von Paul Heyse zur Aufführung.

Samstag, d. 7. Febr.

abends 8 Uhr:

Aufführung für Mitglieder des Landwehrvereins, des Dilettantenvereins, des Jangdeutschen Ordens und des Stahlhelms, Halver.

Sonntag, d. 8. Febr.

nachmittags 4 Uhr:

Aufführung für auswärtige Vereine.

Sonntag, d. 8. Febr.

abends 8 Uhr:

Hauptaufführung.

Eintrittspreis:

für sämtliche Aufführungen 1.— Mk.

Saaloöffnung

1/2 Stunde vor jeder Aufführung.

Es laden freundlichst ein

die Vorstände.

Nachbarschaft Kreisk und Umgegend.

Jahreshaupt-Versammlung

am Sonntag, 8. Febr. nachm. 4,30 Uhr im Vereinslokal.

Vorstandssitzung

4 Uhr.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Zu zahlreichen Besuch ladet ein

Der Vorstand.

Westf. Bauernverein

Halver.

Freitag, den 6. Febr.

nachm. 3 Uhr im Gasthof zur Post

Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag v. Dr. Volte

2. Bericht des Vorstands.

Der Vorstand.

Thomasmehl

Rainit

Kali 42%

hat abzugeben

Dtto Ohler,

Dhl.-Rönsahl.

Sigung

der Gemeindevertretung Schalksmühle

am Montag, d. 9. Februar 1925 nachm. 3 Uhr im Gasthause Schulz in Schalksmühle.

Halver, 3. Febr. 1925.

Der Amtmann.

Rapskuchen

Baumwollsaatmehl

Weizenkleie

Weizenbrotmehl

Weizenmehlmehl

Gerste

Gerstenmehl

Perlmals

Reform-Hafer

empfiehlt

Dtto Ohler,

Dhl.-Rönsahl.

Erhalten in den nächsten Tagen nach Station

Schwenke

mehrere Wagen

Thomasmehl u.

Rainit.

Bestellungen nehmen

noch entgegen:

Bürger & Lausberg,

Halver, Tel. Nr. 326.